

INSTITUTIONEN FÜR EINE GERECHTERE UND STETIGERE GLOBALISIERTE WELTWIRTSCHAFT

1. Einleitung	48
2. Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft bedrohen weiteres Wachstum und Wohlstand	49
3. Sozialstaat als Zukunfts- oder Auslaufmodell?	51
4. Institutioneller Wildwuchs – Mangel an Regulierungskapazität und Legitimität	54
5. Funktionen einer neuen Global Governance	57

Auszug aus WISO 3/2005

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Kurt Bayer

**Leiter der Gruppe
Wirtschaftspolitik
und internationale
Institutionen im
Bundesministerium
für Finanzen**

1. Einleitung

Ob die Weltwirtschaft derzeit stärker „globalisiert“ ist als etwa vor dem 1. Weltkrieg, ist umstritten. Eine Reihe von Indikatoren zeigt, dass dies nicht so ist. Dennoch hat Globalisierung seit der Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte seit den siebziger Jahren eine neue Dimension erreicht. Die täglichen, grenzüberschreitenden Kapitalströme haben mehr als 1 Trillion \$ erreicht. Viele davon sind äußerst kurzfristig orientiert, sowohl ihr Zustrom als auch ihr Abfluss kann innerhalb von Sekunden geschehen und v.a. kleinere Wirtschaften massiv destabilisieren (siehe z.B. die Ostasienkrise der späten 1990er Jahre, die Argentinienkrise von 2001 etc.)

*globaler
Wettbewerb um
Wirtschafts-
wachstum,
Kapital und
Arbeitsplätze*

Durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien stehen fast alle Länder der Welt miteinander in Wettbewerb um Wirtschaftswachstum, Kapital und Arbeitsplätze. Auch innerhalb relativ entwickelter Länder, wie in Kontinentaleuropa, entwickelt sich die Einkommensverteilung auseinander, nimmt Armut inmitten von Reichtum zu. Global gesehen haben sich die Unterschiede der Pro-Kopf-Einkommen zwischen den reichen und armen Ländern vergrößert: Viele afrikanische Länder sind heute absolut ärmer als vor zehn Jahren, während die USA in dieser Zeit um durchschnittlich 3,5 % pro Jahr gewachsen sind, also um fast 50 % reicher sind.

*Unzufriedenheit
mit
ökonomischem
Modell nimmt zu*

Die Unzufriedenheit mit dem ökonomischen Modell nimmt zu, wie nicht zuletzt die riesigen Proteste bei internationalen Konferenzen seit Mitte der 1990er Jahre bezeugen. Eine ganze Reihe von Beobachtern führt den zunehmenden Terrorismus auf steigende Ungleichheit sowie die „imperialistische“ Ausbreitung des westlichen Kapitalismus auf immer weitere Bereiche der Welt zurück.

Was läuft hier schief? Was hat sich seit den – im Rückblick – „goldenen“ 50 Jahren der Nachkriegsentwicklung verändert?

2. Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft bedrohen weiteres Wachstum und Wohlstand

2004 war ein Jahr mit weltweit weit überdurchschnittlich starkem Wirtschaftswachstum (5 %) – allerdings nach Regionen sehr unterschiedlich: Außerst starkem Wachstum vieler Schwellenländer und Entwicklungsländer (mit im Durchschnitt 6 % insgesamt das stärkste Wachstum seit 30 Jahren), kräftigem Wachstum der USA (4,4 %) und einer Reihe europäischer Länder stand schwaches Wachstum in der Eurozone (2 %) und auch in Japan gegenüber. Es ist möglich, dass diese starke Auseinanderentwicklung der Wirtschaften der Länder Teil der „Globalisierung neuen Stils“ ist. Trifft dieser Befund zu, dann ist die derzeitige Entwicklung, wie oben skizziert, eine positive Auswirkung der Globalisierung, da sie einen Aufholprozess der Entwicklungsländer und sonstigen schwächer entwickelten Länder erkennen lässt; allerdings gibt es auch innerhalb der Entwicklungsländer eine Vielzahl an v.a. kleinen Ländern (in Afrika, Lateinamerika und Südostasien), deren Wirtschaften stagnieren oder schrumpfen.

Die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte, gemessen an Wachstumsdifferenzialen, an Leistungsbilanzungleichgewichten (USA fast –6 %), an Arbeitslosenrate haben weiter zugenommen. Internationale Wirtschaftsinstitutionen wie IMF und OECD warnen davor, diese Ungleichgewichte zu ignorieren, und drängen darauf, sie durch international koordinierte Vorgangsweise einer „sanften Landung“ zuzuführen, anstatt sie durch Ignorieren oder einseitige Maßnahmen einer abrupten Anpassung zu überlassen. Dies hätte möglicherweise eine Wachstumskrise der Weltwirtschaft gravierenden Ausmaßes zur Folge. Faktum ist: Seit Jahr und Tag predigen fast alle Ökonomen, die zwingenden Anpassungen bald vorzunehmen. Diese Ungleichgewichte können nicht auf Dauer weiter bestehen, die amerikanischen Konsumenten können nicht auf Dauer mehr konsumieren, als sie erwirtschaften, finanziert von weltweiten Ersparnisüberschüssen.

*weltwirtschaftliche
Ungleichgewichte
haben weiter
zugenommen*

*Leistungsbilanz-
saldo der USA
seit vielen
Jahren defizitär*

Die Situation ist paradox: Nach allen traditionellen Wirtschaftsvorstellungen ist zu erwarten, dass reife, hoch entwickelte Volkswirtschaften mehr Kapital bilden („sparen“), als sie selbst benötigen, und aufholende Wirtschaften, die mehr Arbeit als Kapital haben und deren Arbeiter arm sind, Kapital importieren („entsparen“). Seit zehn Jahren hingegen sind die USA der weitaus weltgrößte Kapitalimporteure, hauptsächlich finanziert durch Ersparnisse der asiatischen Wirtschaften, und zwar sowohl der Notenbanken als auch privater Financiers, welche amerikanische Anleihen kaufen und sich in amerikanische Unternehmen einkaufen. Dies im Vertrauen auf die große und anhaltende Wirtschaftskraft der USA. Dies führte dazu, dass der Leistungsbilanzsaldo der USA seit vielen Jahren defizitär ist und Mitte 2005 bereits rund 6 % des BIP der USA erreicht hat, während der Saldo von China etwa stark positiv ist, d.h., die Chinesen exportieren mehr als sie importieren. Dies führt in den USA zu immer stärker werdenden Rufen nach einer Aufwertung der de facto an den Dollar gebundenen chinesischen Währung Renminbi. China hat gegen Ende Juli 2005 – als Resultat weiterhin überraschend starken Wachstums von 9 1/2 % – eine leichte Aufwertung (um ca. 2 %) vorgenommen und angekündigt, sich in Zukunft stärker an einem Währungskorb orientieren zu wollen. Die derzeitige Lage gibt protektionistischen Kräften auf der ganzen Welt Auftrieb, sich mit Quotenregelungen und Einfuhrbeschränkungen gegen die übermächtig scheinende Konkurrenz der Chinesen, Inder, Vietnamesen und und und zu schützen – ein klares Signal Richtung Weltwirtschaftskrise. Nun könnte man meinen, dass diese Ungleichgewichte Europa mit seinem ziemlich ausgeglichenen Leistungsbilanzsaldo nichts angehen dies also primär ein amerikanisch-chinesisches Problem wäre. Dem ist jedoch in der globalisierten Wirtschaft nicht so. Angenommen, die USA schränken ihr Budgetdefizit ein und drosselten damit ihre Wirtschaftsleistung, um weniger zu importieren, dann würde dies ein gewaltiges Loch in die gesamte weltwirtschaftliche Nachfrage reißen. Die chinesische Wirtschaft, auch zusammen mit den anderen boo-

menden asiatischen Wirtschaften, ist jedoch zu klein¹, als dass ein noch stärkeres Wachstum dort die Nachfragerücke schwächeren US-Wachstums ausgleichen könnte. Das globale Wachstum würde also deutlich sinken, eine tief greifende Rezession könnte entstehen. Dem könnte nur Europa durch stärkeres Wirtschaftswachstum entgegenwirken, da die europäische Wirtschaft² nur wenig kleiner als die amerikanische ist.

Ein „sanftes“ Landungsszenario, welches eine Weltrezession verhindert, wäre also: Die USA bringen ihr Budgetdefizit unter Kontrolle und erhöhen ihre (äußerst geringe) Sparrate, Europa kurbelt seine Wirtschaft an durch eine Wachstumsstrategie und weitere Strukturreformen – und die Asiaten verringern ihre hohen Sparraten durch höheren Konsum. Auf diese Weise könnten durch konzertierte Aktion die Ungleichgewichte langsam ausgeglichen und das globale Wirtschaftswachstum beibehalten werden.

*„sanftes“
Landungs-
szenario*

3. Sozialstaat als Zukunfts- oder Auslaufmodell?

Die Frage, der wir hier nachgehen, aber ist: Sind die globalen, regionalen und nationalen Institutionen derzeit dazu willens und in der Lage? Ich meine: kaum. Neben politischem Willen zur multilateralen Zusammenarbeit (der Hauptvoraussetzung) fehlen auch die geeigneten, legitimierten Institutionen (z.B. Stiglitz 2002, S. 3). Bei der Frage nach einer „gerechteren Globalisierung“ handelt es sich jedoch nicht nur um die geeigneten Institutionen, sondern vielmehr um jene der inhaltlichen Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik (Klein 2000). Ist es wirklich so eindeutig, wie viele Ökonomen und Politiker des Mainstream sagen, dass es mittelfristig nur ein einziges Wirtschafts- und Sozialmodell geben wird (kann), nämlich das US-amerikanische? Müssen wir Europäer auf unser Modell der sozialen Marktwirtschaft, des Wohlfahrtsstaates, welches uns in den letzten 60 Jahren so viel Lebensstandard und Lebensqualität ermöglicht hat, verzichten, weil es „nicht mehr finanzierbar“ ist? Sind wir Europäer wirklich „zu satt und zu fett und

*neben
politischem
Willen zur
multilateralen
Zusammenarbeit
fehlt es auch an
geeigneten,
legitimierten
Institutionen*

selbstzufrieden“ geworden und werden daher an unserer Faul- und Sättheit zugrunde gehen im internationalen Wettbewerb? Ist der im Kalten Krieg entstandene Dritte Weg der sozialen Marktwirtschaft durch das Untergehen des realen Sozialismus unhaltbar geworden und treten wir wieder in eine Risikogesellschaft ein, in welcher früher solidarisch und gesellschaftlich getragene (existenzielle) Risiken wieder vom Einzelnen bzw. seiner Familie getragen werden müssen? Muss der in der derzeitigen Ausprägung der Globalisierung angelegte Wettbewerb des Kapitals zu einer schrankenlosen Konkurrenz der Arbeitnehmer weltweit führen (Greffrath 2005, S. 39)? Hat Politik nur mehr die Funktion, die Sicherheit der Waren- und Finanzströme zu sichern und die Anpassung des einzelnen Staates an die globalen Marktkräfte sicherzustellen? Oder ist es weiterhin möglich, dass Politik mithilfe der geeigneten Institutionen und Instrumente die Marktkräfte im globalen Wettbewerb zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger kanalisiert?

*derzeitiger
Status der
Weltwirtschaft
wirft Fragen über
die Aufrecht-
erhaltung dieses
Wirtschafts-
modells auf*

Hinweise darauf, dass der derzeitige Status der Weltwirtschaft zunehmende Einkommensungleichheiten produziert, dass eine deregulierte, gleichzeitig schlecht institutionalisierte Governance-Struktur gewaltige Ungleichheiten hat entstehen lassen, dass die fast überall zurückgehenden Lohnquoten, die steigende Macht des Finanzsektors gegenüber dem produzierenden Sektor gravierende Fragen über die Aufrechterhaltbarkeit dieses Wirtschaftsmodells aufwirft, sind unübersehbar.

Diese Fragen haben Bedeutung über Europa hinaus. Bei Bejahung gäbe es auch für die Wirtschafts- und Sozialsysteme der weniger entwickelten Länder dann nur ein einziges Modell. Dies könnte zu einem Kampf aller gegen alle führen und die Welt in einen modernisierten Manchester-Liberalismus zurückführen – mit allen damit verbundenen Auswirkungen auf Migration, Überlebenskampf und weltweite Verteilungskämpfe – und möglicherweise auch auf den internationalen Terrorismus.

Dabei geht es um die Bedeutung des Sozialstaates nicht (nur) als moralisches Postulat, für die Schwachen (der Gesellschaft, der Welt) einzutreten (Emile Durkheim), sondern als gesellschaftlich organisierte Solidarität. Diese bildet eine Grundvoraussetzung für unser demokratisches Modell. Sie ist Voraussetzung dafür, dass die Risikoübernahme durch die Gesellschaft dem Einzelnen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung gibt. Dies wiederum stellt die Voraussetzung für politisch freies Urteil und Handeln dar. Damit geht die Sozialstaatsidee weit über die Forderung nach gerechterer Einkommensverteilung hinaus, sie wird eine Grundvoraussetzung der Demokratie (Greffrath 2005).

Eine Reihe von neueren Untersuchungen haben gezeigt (siehe z.B. Rodrik 1998b, De Grauwe/Polan, 2003), dass zumindest innerhalb der OECD-Staaten kein negativer Zusammenhang zwischen der Größe/Weite des Sozialstaates (gemessen am Anteil der Sozialausgaben am BIP) und der Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität (z.B. gemessen am Ranking des World Economic Forum Competitiveness Index oder jenem des IMD(?)) besteht. Im Gegenteil, die gemessene Korrelation ist positiv (De Grauwe/Polan 2003, S. 4): Jene Länder, die am meisten für soziale Zwecke ausgeben, sind auch die, die am besten bei der Wettbewerbsfähigkeit abschneiden (wobei allerdings die Kausalität nicht klar ist). Einerseits ist die Elastizität von Sozialausgaben relativ zum Einkommen größer als 1, d.h., reichere Gesellschaften haben größere Nachfrage nach (öffentlichen) Sozialstandards und Ausgaben (siehe Rodrik 1998b), andererseits kann argumentiert werden, dass Personen, denen die Solidargemeinschaft existenzielle Risiken abnimmt, produktiver sind, da sie sich voll und mit mehr Kapazität und Freude ihren Arbeitsaufgaben widmen können. Sie haben daher auch weniger Grund, ihre Kreativität und ihr Wissen zu monopolisieren und abzuschirmen und nicht dem Arbeitgeber „zu überlassen“ (De Grauwe/Polan 2003, S. 8) oder andere, mögliche Konkurrenten, daran teilhaben zu lassen.

Aus diesem Befund ist nicht abzuleiten, dass alle sozialstaatlichen Errungenschaften der Vergangenheit für Gegen-

*kein negativer
Zusammenhang
zwischen
Sozialstaat und
Wettbewerbs-
fähigkeit und
Standortqualität*

wart und Zukunft unbedingt verteidigt und ausgebaut werden müssen, dass also die Quote der Sozialausgaben am BIP in Europa weiter gesteigert werden muss. Jede Sozialausgabe, die öffentlich finanziert ist, muss immer wieder auf ihre Notwendigkeit, ihre Problemlösungskraft, ihre Berechtigung und ihre Kompatibilität mit der „Standortqualität“ und ihre Anreizwirkungen überprüft werden, da, theoretisch gesehen, im schärferen internationalen Wettbewerb letztlich höhere Sozialausgaben durch höhere Produktivität gegenüber den niederpreisigeren Wettbewerbern „verdient“ werden müssen oder durch niedrigere Löhne oder Gewinne der Unternehmen kompensiert werden müssen. Dieser Befund zeigt jedoch nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar die Notwendigkeit des Bestehens eines sinnvoll ausgebauten Sozialstaates an, um die Produktivität der BürgerInnen – gegeben die Kapitalausstattung – zu entfalten, ein wichtiges Argument im internationalen Standortwettbewerb.

4. Institutioneller Wildwuchs – Mangel an Regulierungskapazität und Legitimität

Die bestehenden Institutionen der Weltwirtschaftsarchitektur haben sich im Wesentlichen seit dem Ende des 2. Weltkrieges entwickelt: die UNO mit allen ihren Teilorganisationen, die Bretton Woods Institutionen (Weltbankgruppe, Internationaler Währungsfonds), die OECD (früher OEEC) als informeller Klub der „reichen Länder“, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, die Internationale Arbeitsorganisation in Genf (ILO), die multilateralen Entwicklungsbanken und einige andere quasi offizielle Institutionen. Dazu kommen eine fast unübersehbare Vielzahl an regionalen Institutionen, wie die Europäische Union, regionale Freihandelszonen, z.B. Mercosur in Lateinamerika, NAFTA (USA, Kanada, Mexiko), die eben vom US-Kongress verabschiedete CAFTA (Central American Free Trade Area), ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und Afrikanische Union in Westafrika, ASEAN in Asien – um nur einige zu nennen. Und letztlich,

als relativ neue Kategorie, eine sich immer stärker ausweitende Gruppierung an „informellen“ Gruppen unter dem Kürzel „G-x“, welches als G-7/8 besondere informelle Macht ausübt, aber auch als G-20 Industrie- und große Entwicklungs- bzw. Schwellenländer zu Dialogen und manchmal auch Beschlüssen zusammenbringt (Nowotny 2004, S. 487).

Allein das Faktum, dass viele dieser Institutionen in vollkommen anderen als der jetzigen Entwicklungsstufe der Weltwirtschaft und ihrer Teile entstanden sind, lässt den Schluss zu, dass dieses Labyrinth an Institutionen nicht unbedingt den Notwendigkeiten einer adäquaten Regelungsarchitektur der heutigen Weltwirtschaft entspricht.³

Es wäre hochinteressant, die gesamten Kosten dieses Wustes an Institutionen zu erheben und, vor allem, jenen Kostenanteil zu analysieren, welcher von einander überlappenden, sich duplizierenden oder auch indirekt (meist ungewollt) gegeneinander arbeitenden Institutionen verursacht wird – und von den Steuerzahlern der Welt zu tragen ist. Natürlich müsste man diesen Kosten auch einen diesen Institutionen zurechenbaren Nutzen gegenüberstellen, welcher durch verstärkte Kommunikation der Weltwirtschaft und Gesellschaft entsteht. Dennoch blieben meiner Meinung nach gewaltige Nettokosten übrig.

Organisationstheoretische Untersuchungen belegen die frappante Überlebensfähigkeit von Institutionen, v. a. von internationalen Institutionen: Einmal gegründet, entwickeln sie sich entlang bestimmter Lebenszykluskurven, sterben aber (fast) nie ab, auch wenn sie obsolet geworden sind und/oder ihren Zweck erfüllt haben. Gründe hierfür sind einerseits die Gruppen von „interested parties“, die sich im Laufe des Lebens der Organisation gebildet haben (von den dort Beschäftigten, den in den Heimatländern sitzenden Gouverneuren, den auf Dienstreise fahrenden Beauftragten/Beamten bis zu den Behörden des Sitzes der jeweiligen Institution), andererseits die Tatsache, dass es für Politiker zwar öffentlich „verkaufbar“ und deshalb interessant ist, neue Institutionen aus der Taufe zu heben, jedoch kaum, bestehende Institutionen zu schließen. Man könnte – etwas überspitzt – behaupten, der Zustand der

Labyrinth an Institutionen entspricht nicht einer adäquaten Regelungsarchitektur der heutigen Weltwirtschaft

Überlebensfähigkeit von Institutionen

*Widerspruch
zur Ideologie der
Deregulierung*

Weltwirtschaft spiegele den unüberschaubaren Wust an Institutionen, die sie regulieren sollen, wider. Die Kausalitäten sind in dieser (möglichen) Beziehung allerdings ungeklärt. Überlagert ist diese Institutionenlandschaft zusätzlich – und das ist ein weiterer Widerspruch – von einer sich spätestens seit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts weltweit ausbreitenden Ideologie der Deregulierung, der Zurückdrängung öffentlicher Regelungsmechanismen zugunsten eines freieren Spieles der Marktkräfte. Sogar im Land, welches diese Denkrichtung am stärksten und vor allem wirkungsmächtigsten vertritt, den USA, wird diesem Gegensatz gehuldigt: Als Präsident Bush im Anschluss an die traumatischen Ereignisse des 11.9.2001 versprach, die Entwicklungshilfeleistungen der USA deutlich zu verstärken (auch zu verstehen als Teil des Kampfs gegen den Terrorismus), tat er dies nicht im Rahmen der bestehenden Institutionen, also der internationalen Entwicklungsbanken oder auch der USA-eigenen Entwicklungshilfe-Institution USAid, sondern gründete dafür – entgegen allen Beteuerungen und Anstrengungen auch der US-Delegierten bei internationalen Kongressen zur verstärkten Harmonisierung und Abstimmung aller EZA-Institutionen – wiederum eine eigene US-Institution, die Millennium Challenge Corporation (MCA), welche teilweise in direkter Konkurrenz, teilweise in Ergänzung zu bestehenden Institutionen arbeitet. Sie ist allerdings heute, drei Jahre später, noch immer nicht voll funktionsfähig (u.a. auch deshalb ist im Sommer 2005 der erste Direktor dieser Institution zurückgetreten).

Die internationale Staatengemeinschaft ist daher mit der Frage konfrontiert: Wie viel Regulierung brauchen wir für die Entwicklung der Weltwirtschaft, wenn deren Früchte möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen sollen? Welche globalen Institutionen benötigen Wirtschaft und Gesellschaft heute? Auf welcher Ebene (global – regional – national – subnational) sind welche Regulierungen anzusetzen?

Es gibt auf diese Fragen keine wissenschaftlich eindeutig begründbaren Antworten. Daher behelfe ich mir mit folgender Hypothese: Unter der Voraussetzung, dass Marktwirtschaft zu ihrer Entfaltung, im Sinne der Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger, Regulierungselemente benötigt, bedingt die derzeit zunehmende Globalisierung (und auch Ideologisierung) der Wirtschaft, dass auf nationaler Ebene wegfallende oder unwirksam werdende Regelungsmechanismen auf „höherer“ Ebene, d.h. regional oder global, „ersetzt“ werden müssen (De Grauwe/Polan 2003, S. 8). Dabei ist jedoch keineswegs einer 1:1-Übertragung nationaler Regelungen auf die internationale Ebene das Wort geredet, vielmehr muss das Konzept einer neuen, neu zu schaffenden internationalen Wirtschaftsarchitektur (dazu Stiglitz 2003) von einer Funktionsanalyse der gegebenen und künftigen Regelungsnotwendigkeiten ausgehen. Es muss auch die Tatsache mit berücksichtigen, dass eben die internationale Gemeinschaft kein Nationalstaat mit den üblichen demokratischen Institutionen und Legitimitäten ist. Konkret heißt dies, dass eine neue Art von „Regelungsarchitektur“ entwickelt werden muss, wenn die Weltwirtschaft frei von übermäßigen Schwankungen, frei von übermäßigen Ungleichheiten sein soll und ihre Entwicklung der Verbesserung der Lebensbedingungen möglichst vieler Menschen dienen soll.

*unwirksam
gewordene
nationale
Regulierungs-
mechanismen
sind durch neue
auf „höherer“
Ebene zu
ersetzen*

5. Funktionen einer neuen Global Governance

Die Zielsetzungen einer neuen Global Governance wären:⁴

- Verstetigung des weltweiten Wachstumsprozesses auf wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiger Basis.
- Möglichst weitgehende Vermeidung von Wirtschaftskrisen.
- Ausrottung von Armut und schweren ansteckenden Krankheiten.
- Annäherung der Lebensverhältnisse weltweit zur Förderung sozialer Kohäsion.
- Sicherstellung einer der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe entsprechenden sozialen Sicherung.

Könnte man globale wirtschaftliche und finanzielle Governance-Institutionen modellmäßig aus dem Nichts aufbauen, müssten meiner Meinung nach folgende Funktionen ausgefüllt werden (dazu auch Wolf 2004, S. 319ff.):

- Stabilisierung der Weltwährungen (auch zueinander), Mechanismus zur Identifizierung, Vermeidung und Bekämpfung von Finanzkrisen (Gilpin 2000, S. 328f.), Koordinierungsmechanismus für große Zentralbanken (=> IMF neu)
- Koordinierungsmechanismus für Fiskalpolitik der großen geografischen Wirtschaftsblöcke, auch zur Abstimmung der intern abgestimmten Fiskalpolitik mit den großen Notenbanken zur Erzielung eines adäquaten Policy Mix auf globaler Ebene; Fiskalabkommen zur Vermeidung ruinösen Steuerwettbewerbes (=> Internat. Fiskalbehörde)
- Mechanismus zur Verhinderung von großen wirtschaftlichen Machtzusammenballungen im Finanz-, Produktions- und Dienstleistungsbereich (World Bank 2002, S. 65), mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsmöglichkeiten von EL (=> globale Finanzmarktaufsicht, => globale Wettbewerbsbehörde (evtl. sektoral))
- Verhandlungsmechanismus (mit Streitbeilegung) für Welthandelsliberalisierung und Eindämmung von Waffenhandel (=> WTO)
- Entwicklungsinstitution für technische Hilfe, tragfähige Wirtschafts- und Sozialentwicklung und Infrastrukturfinanzierung (=> Zusammenlegung der UN-Entwicklungsagenturen mit Weltbank Neu; auch Abstimmung mit großen Bilateralen, (z.B. EK, USAid, MCA, SIDA)
- Arbeitsschutzmechanismus, Institution zur Regelung von Migrationsströmen (=> ILO „mit Biss“)
- Globaler Umweltschutzmechanismus (=> UNEP neu)
- Globale Rohstoffbewirtschaftungsinstitutionen für pflanzliche und mineralische Rohstoffe und Energie zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, zur Preisstabilisierung, zur „fairen“ Preisentwicklung (=> Global Resource Fund)
- Globaler Sozialfonds zum Ausgleich von Sozialversicherungslasten bei grenzüberschreitenden wirtschaftlichen und menschlichen Aktivitäten

Für die Ausfüllung dieser Funktionen ist eine Reihe von institutionellen Arrangements denkbar. Folgende Parameter sind hiebei zu überdenken:

1. „Hierarchische“ Institutionen à la bei Nationalstaaten vs. netzwerkartige Organisation (Rischard 2003, S.207ff.)
2. Mandatserteilung durch UN oder durch zwischenstaatliche Vereinbarungen (intergovernmentales Modell)
3. Kontrolle durch nationale Regierungen, nationale Parlamente, UNO-Vollversammlung oder anderes
4. Sanktionsmechanismen, Implementierungsmodalitäten
5. Finanzierung durch nationale Beiträge oder durch eigene Abgabe
6. Einbindung von Bürgern in Entscheidungen
7. Inhaltliche Fragen der strategischen und taktischen Ausrichtung

Ohne auf diese Fragen an diesem Ort weiter eingehen zu können, denke ich, dass netzwerkartige Institutionen auf freiwilliger (zwischenstaatlicher) Basis mit starker institutionalisierter Mitsprache der Bürger/NGO und Kontrolle durch nationale Parlamente die besten Möglichkeiten bieten. Dabei ist auf internationale Repräsentativität, ausgewogene Stimmgewichte, effiziente, demokratische Stimmregeln (je nach Problem auf Basis von Bevölkerung, Wirtschaftskraft, ein Land – eine Stimme) zu achten sowie darauf, dass diese Strukturen Teil einer „lernenden Weltgesellschaft“ sind, welche sich erst entwickeln und an veränderte Verhältnisse anpassen muss.

Damit will ich ausdrücken, dass ich keine Chance zur Etablierung einer „Weltwirtschaftsregierung“ sehe, die quasi in einem einzigen demokratischen Akt etabliert wird (dazu fehlt das „Staatsvolk“⁵), sondern eher ein sich im Laufe der Zeit etablierendes „work in progress“. Problematisch dabei ist wiederum einerseits die Ungleichzeitigkeit, mit welcher einzelne dieser Funktionen institutionell ausgefüllt werden können, andererseits ist zu erwarten, dass der bestehende Wildwuchs an unterschiedlichen Institutionen sich nicht kampfflos von der Bildfläche verabschieden und dem Neuen freiwillig

keine Chance zur Etablierung einer „Weltwirtschaftsregierung“

*eine stärker den
Menschen
dienende
Wirtschafts-
verfassung
wäre notwendig*

Platz machen wird. Rischard (2003, S. 237) etwa meint, die neuen von ihm propagierten Netzwerke sollten sich bestehender Institutionen bedienen und diese in ihre Arbeit integrieren. Die gravierendste Frage, die dieser neuen Institutionenarchitektur zugrunde liegen muss, ist jene des Wirtschafts- und Sozialmodells, dessen Erreichung und Verbesserung diese Institutionen dienen sollen. Wenn wir von den Problemen, die die derzeitige Globalisierung mit sich bringt, ausgehen, bietet sich jedenfalls eine stärker den Menschen dienende Wirtschaftsverfassung an, welche soziale Kohäsion inklusive eines europäischen Sozialstaatmodells⁶ gleichberechtigt als Ziel neben die Steigerung des Wirtschaftswachstums stellt.⁷

Anmerkungen:

- 1 2004 war China allerdings bereits die sechstgrößte Wirtschaft der Welt, dennoch beträgt ihr Bruttonationaleinkommen erst 14 % von jenem der USA, nach Weltbank-Kaufkraftparitäten bereinigt jedoch über 60 % (!).
- 2 2004 erreichte die Wirtschaftsleistung der Eurozone 9.370 Bill. \$, jene der USA 11.667 Bill \$ (Weltbank-Datenbank).
- 3 Stiglitz (2002, S. 3) spricht von „International bureaucrats – the faceless symbols of the world economic order – are under attack everywhere“.
- 4 „... if (globalization) is to work, there have to be global public institutions to help set the rules; ... they should focus on issues where global collective action is desirable, or even necessary (Stiglitz 2002, S. 222f.)
- 5 Dazu führt Nowotny aus: „Contrary to what „functionalists“ assume, loyalties of citizens have not been transferred from the nation states to international organizations.“ (S. 490)
- 6 Kürzlich hat der bekannte deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf die Existenz eines „europäischen Sozialstaatsmodells“ in Abrede gestellt und deren Proponenten beschuldigt, als „Kulturpessimisten“ Wohlstand und Freiheit (wessen???) zu opfern. Dieser simplen Argumentationskeule, welche solidarisch organisierte Risikoversorge mit dem „Weg in die Knechtschaft“ (Hajek) gleichsetzt, widersetze ich mich vehement.
- 7 Stiglitz (2002, S. 216): “The greatest challenge is not just in the institutions themselves but in mind-sets: caring about the environment, promoting democracy and fair trade are necessary if the potential benefits of globalization are to be achieved”.

Literatur:

- Bofinger, P. Wir sind besser als wir glauben, Peason Studien, München 2004
- Dahrendorf, R. Zurück zum Kulturpessimismus? Der Standard, 3.8.2005, S. 27
- De Grauwe, P., Polan, M. Globalization and Social Spending. CESIFO Working Paper No. 885, March 2003
- Gilpin, R. The Challenge of Global Capitalism, Princeton 2000
- Greffrath, M. Was heißt links? Die Zeit Nr. 29, 14. Juli 2005, S.39
- Klein, N. No Logo, Picador, New York 2000
- Kuczynski, P.-P., Williamson, J. eds. After the Washington Consensus. Restarting Growth and Reform in Latin America. Institute for International Economics, Washington, D.C. 2003
- Nowotny, T. Strawberries in Winter. On global trends and global governance. Peter Lang, Frankfurt 2004
- Rischard, J.-F. Countdown für eine bessere Welt, Carl Hanser, München 2003
- Rodrik, D. Why do more open economies have bigger governments? JPE, vol. 106, No 5, 1998a
- Rodrik, D. Has Globalization gone too far? Institute of International Economics, Washington, D.C. 1998b
- Stiglitz, J. Globalization and its Discontents. Norton, London 2002
- Stiglitz, J. The Roaring Nineties, Norton, New York 2003
- The World Bank. Globalization, Growth and Poverty. Building an Inclusive World Economy. The World Bank, Washington, D.C. 2002
- Wolf, M. Why Globalization Works, Yale University Press, 2004

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at